

23. IV. 1919

111

Währungsfragen Deutschösterreichs.

Von Felix Somary.

Wien, 22. April.

An die Erörterung von Währungsfragen gehe ich in Wien nicht ohne ernste Bedenken. Aus einem Vortrage, den ich vor mehr als Jahresfrist in der Gesellschaft der Volkswirte gehalten hatte, wurden mehrfach meine Bemerkungen zitiert, ich hätte, obgleich finanziell tätig, mich nie mit Kriegsgeschäften und Empfehlung von Krieganleihen befaßt, und es könnte, wenn nicht radikale Reformmaßnahmen ergriffen würden, der Kronenkurs in Holland bis auf fünf sinken. Den Vorwurf, „auf die Krone zu schimpfen“, hatte ich seither oft zu hören — von den damals angeregten Maßnahmen ist aber bis heute noch keine durchgeführt worden.

Und doch gibt es für die ganze Wirtschaft keine dringendere Frage. Die Krone ist in Holland von 50 auf 9 und in der Schweiz von 105 auf 20 zurückgegangen; Abgaben von wenigen Millionen vermögen, wenn sie überhaupt realisierbar sind, den Kurs um mehrere Prozente herabzudrücken. Die dringendste Aufgabe der Währungspolitik ist, zu verhindern, daß die Kronen zu Assignaten herabsinken; der Kurs der deutschösterreichischen Kronen muß gehalten und gehoben werden; dieses Resultat ist jetzt erreichbar, denn in Deutschösterreich scheint der wirtschaftliche Tiefpunkt erreicht zu sein und die Wende dürfte darum, wenn nicht politische Ereignisse dazwischen kommen, nicht mehr fern sein. Die Aufrechterhaltung der Ruhe seit Beginn der Revolution mit geringen Mitteln und ohne militärisches Aufgebot, die rasche Beilegung der Streiks, die Widerstandsfähigkeit gegen die Einflüsse von Budapest und München trotz der tiefen Not und der Erschütterungen infolge des Zerfalles der Monarchie sind geeignet, im Auslande berechtigtes Vertrauen hervorzuheben. Dank der nach so viel Enttäuschung doppelt bewundernswerten Seelengröße des Volkes scheint vielleicht aus einer verzweifeltsten Situation der Ausweg gefunden zu werden.

Die Lage würde zu Optimismus berechtigen, wenn wie auf politischem auch auf wirtschaftlichem Gebiet ein Lichtschimmer sichtbar wäre. Leider überwiegen aber hier die düsteren Momente: Aus der Inflationsperiode der letzten vier Jahre blieb der Glaube an die unbegrenzten Mittel des Staates, der Gang zu Ausgaben, für die nicht sofortige Deckung zu beschaffen ist; ich habe vor kurzem die charakteristische Ausrufung eines Nationalratsmitgliedes gehört, man brauche eine deutschösterreichische Notenbank, um die Beamtengelalte erhöhen zu können: dem Mann, der dieses Wort leicht hin aussprach, war gar nicht klar, daß die Konsequenzen seiner Anschauung zu den gleichen Ergebnissen führen müßten wie der Bolschewismus. Der Rückgang des Kronenkurses vom Oktober 1918 bis heute ist wesentlich größer als die Spanne zwischen dem heutigen Kronenkurs und dem Assignatenpunkt. Möglichst rasche Durchführung der Vermögensabgabe allein kann dem Staat die Möglichkeit einer Produktionspolitik geben, die nicht immer neuen Notendruck benötigt. Und wenn zumindest Stabilität des Geldwertes erzielt ist, dann müssen die Ausgaben der öffentlichen Körperschaften auf das geringste Maß eingeschränkt werden. Mag auch die Sozialisierungsaktion, die in Deutschösterreich engere Grenzen findet als anderswo, eine Reihe von Wirtschaftszweigen erfassen, so wird doch daneben der Privatwirtschaft ein weiter Raum gesichert werden müssen. Die zwei Hauptaufgaben der deutschösterreichischen Wirtschaftspolitik bestehen in der Hebung des Geldwertes und in der Schaffung für die Privatwirtschaft notwendiger Existenzbedingungen, in den der Sozialisierung unzugänglichen Zweigen — das strikte Gegenteil der Bestrebungen des wirtschaftlichen Bolschewismus.

Zu den Maßnahmen der inneren Wirtschaftspolitik müssen planmäßige Vorarbeiten zur Regelung der Zahlungsverhältnisse gegenüber dem Auslande hinzutreten. Deutschösterreich ist Gläubiger gegenüber allen aus der Monarchie hervorgegangenen Nationalstaaten; die Bewertung des Eigentums in diesen Reichen hängt von der politischen Situation in hohem Maße ab; der Besitz an ungarischen Werten zum Beispiel ist durch die politischen Ereignisse fast unveräußerlich geworden; mit manchen Unternehmungen sind dringendste Interessen der deutschösterreichischen Volkswirtschaft so sehr verbunden, daß eine Abtrennung schwere Schädigungen zur Folge haben müßte. In dem Eigentum Wiens an so vielen wirtschaftlichen Unternehmungen in den Nationalstaaten liegt gewissermaßen eine Ergänzung der zu schmalen Produktionsmittelgrundlage Deutschösterreichs; Deutschösterreich befindet sich hierin in einer ganz anderen Lage als etwa Rußland, das dem Auslande gegenüber Schuldnerstaat war; Deutschösterreich ist in fast allen wichtigen Posten der Zahlungsbilanz passiv — in der Handelsbilanz, da in den nächsten Jahren der große Nahrungsmittelbedarf Wiens und der Rohstoffbedarf wesentlich größer sein dürfte als der Betrag an Ausfuhrsgütern, in der Schiffsahrts- und Landverkehrsbalanz; von Auswanderergeldern und Fremdenverkehr sind nennenswerte Ueberschüsse nicht zu erwarten. Das einzige Aktivum der deutschösterreichischen Zahlungsbilanz sind Einkünfte aus Unternehmungen und Forderungen im Auslande. Einkünfte sowohl wie Kapital sind nur dann gesichert, wenn das private Eigentumsverhältnis bestehen bleibt: einen auswärtigen Staat als Eigentümer so zahlreicher Unternehmungen würde keiner der Nationalstaaten auf seinem Territorium dulden. Gleichwie der ungarische Staat infolge des allgemeinen Verstaatlichungsprinzips die zahlreichen Unternehmungen der ungarischen Institute in der Slowakei, in Rumänien und Südslawien nur schwer behaupten dürfte, so würde auch Deutschösterreich im gleichen Fall das Eigentum an den zahlreichen Unternehmungen in den Nationalstaaten aufs schwerste gefährden und sich dadurch eine der wenigen Möglichkeiten zur Bezahlung der Nahrungsmittelfuhr entziehen. Der finanzielle Bolschewismus mochte für Schuldnerstaaten autarkischer Wirtschaft ein Gewinn scheinen, für Gläubigerstaaten, die zur Bezahlung ihres Lebensmittelbedarfs auf Verwertung des ausländischen Kapitalbesitzes angewiesen sind, würde es eine Katastrophe bedeuten.

Alle für die Haltung und Hebung des Kronenkurses — von dem die Preise der Nahrungsmittel in Deutschösterreich abhängen — im Auslande zu treffenden Maßnahmen setzen einen kreditfähigen Staat und kreditfähige Privatunternehmungen voraus. Die Staaten des kontinentalen Europa, von den Neutralen abgesehen, werden derzeit von den amerikanischen und den meisten englischen Finanzkreisen als die schlechtesten Schuldner angesehen; nicht um die Verschlagung der Privatwirtschaft kann es sich handeln, das Experiment dürfte sich nur ein Staat erlauben, der sich für internationalen Warenaustausch genügend stark fühlt, für Deutschösterreich würde seine Anwendung den unvermeidlichen Hungertod bedeuten. Die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe liegt darin, neue Träger des internationalen Kredits zu schaffen — und von ihrer Lösung wird es abhängen, ob die Finanzen und mit ihnen die Nahrungsmittel und Rohstoffversorgung Deutschösterreichs dauernd in Ordnung kommen kann.